

Stephanus post

Der Stephanuskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion informiert

Juni 2017

Nach dem Vorbild des heiligen Stephanus Der Stephanuskreis im Kampf gegen religiöse Verfolgung

„Herr, rechne ihnen diese Sünde nicht an!“ (Apg 7,60)

Es ist diese Zeile im Gebet des sterbenden Stephanus, die uns Christen Feindesliebe lehrt. Eine Liebe, die uns die Weisheit schenken soll, der Unterdrückung nicht wütend und mit Gewalt entgegenzutreten, sondern maßvoll und vernünftig argumentierend.

Ich gebe zu, auch mir fällt diese Haltung des ersten christlichen Märtyrers Stephanus, der in der katholischen Kirche sogar als Heiliger verehrt wird, nicht immer leicht. Besonders dann nicht, wenn ich beispielsweise an die letzten Anschläge auf koptische Christen in Ägypten denke, wenn ich auf die religiösen Minderheiten in Indien schaue oder von christlichen Flüchtlingen höre, die in deutschen Asylunterkünften von religiös motivierter Diskriminierung berichten.

Tief beeindruckt hat mich deshalb der Besuch des syrisch-katholischen Pater Jacques Mourad im Stephanuskreis. Selbst nach mehreren Monaten in Geiselhaft der islamistischen Terrororganisation IS wirbt er unbeirrt weiter für den Dialog zwischen Muslimen und Christen. Ganz nach dem Vorbild Jesu Christi reagierte er auf seine Peiniger nicht mit Gewalt, sondern suchte das Gespräch und wurde schließlich befreit – von Muslimen! Genau das wollen auch wir, die Mitglieder dieses überkonfessionellen Stephanuskreises: Wir wollen den Dialog! Nur so werden andere Religionen nicht als Gefahr angesehen, sondern als Bereicherung für den eigenen Glauben.

Wie viel Vertrauen im Nahen und Mittleren Osten allerdings schon verloren gegangen ist und wie schwer der Wiederaufbau der Region Seite an Seite mit den Muslimen wird (samt der Frage, wo sich Christen und Jesiden noch sicher fühlen), das haben wir von einer Gruppe Christinnen aus dem Irak erzählt bekommen, die uns wenige Monate nach Pater Jacques in Berlin besucht haben. Den Willen zum Dialog halten sie für puren Idealismus. Ihre Geschichten lehren uns: Den gleichen Respekt, den wir anderen Religionen



Foto: Tobias Koch

Prof. Dr. Heribert Hirte MdB
Vorsitzender des Stephanuskreises

entgegenbringen – und das gilt natürlich auch im Zusammenleben mit Menschen, die nichts von Religion halten – dürfen wir, ja müssen wir sogar, auch einfordern – zu unserem eigenen Schutz. Wir müssen vor Andersdenkenden und Andersbetenden unsere christlichen Standpunkte verteidigen dürfen, ohne gleich als „fundamentalistisch“ oder „islamophob“ diskreditiert zu werden. Wer unter Toleranz Gleichgültigkeit versteht, muss aufpassen, sich am Ende nicht selbst zu verleugnen. Das ist mit der Feindesliebe nicht gemeint, die der heilige Stephanus uns vorgelebt hat und die Jesus fordert.

Ihr



„Ohne Religionsgemeinschaften geht es nicht“

Vom Wert der Religionen in der Entwicklungszusammenarbeit

Denken und Handeln von Milliarden von Menschen orientieren sich an religiösen Werten. Acht von zehn Menschen weltweit fühlen sich einer Religion zugehörig. Religionen stiften Identität, geben Menschen Halt und Zuversicht. Religionen helfen, mit Schicksalsschlägen umzugehen. Und Religionen möchten vor allem eins: dass es auch den Menschen gut geht, die am Rand stehen – und dafür setzen sie sich ein. Überall auf der Welt.

In diesen Tagen denken allerdings viele von uns beim Thema Religion an Konflikte, ja an Terror und Gewalt. Religion kann missbraucht werden. Das sollte uns nicht blind machen für das ganz überwiegend positive Denken und Potential von Religionen. Auch und gerade in der Entwicklungszusammenarbeit.

Religion trennt die Menschheit nicht in Ost und West oder in einen reichen Norden und einen armen Süden. Sie verbindet die Menschen und macht sie zu gleichwertigen Glaubensgeschwistern. In vielen Religionen ist die Hinwendung zu den Armen fest in Theologie und Glaubenspraxis verankert. Ein erheblicher Teil aller sozialen Dienstleistungen in Subsahara-Afrika wird von religiösen Organisationen erbracht. In Kenia sind es rund 40 Prozent, in Uganda mehr als die Hälfte. In vielen Ländern wäre eine Gesundheitsversorgung oder ein Bildungssystem ohne den Beitrag von Religionsgemeinschaften gar nicht möglich.

Die kirchlichen Hilfswerke besitzen oft noch Handlungsmöglichkeiten, wenn staatliche Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr agieren kann oder darf. Über die Evangelische und die Katholische Zentralstelle für

Entwicklungshilfe unterstützt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Arbeit der Kirchen jährlich mit über 200 Millionen Euro. Damit werden viele wichtige Projekte realisiert.

wird die Rolle von Religion stärker berücksichtigt. Und: Auch das Fachpersonal bei den staatlichen Organisationen soll in diesem Punkt ausgebaut werden. Eine sinnvolle Entscheidung, denn nur so kann ein professioneller Umgang mit den Religionen gelingen.

Bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) hat man damit schon begonnen. Besonders wichtig ist mir, den interreligiösen Dialog und die entsprechenden Trägerstrukturen zu fördern, da viele unserer Partnerländer von religiöser Vielfalt geprägt sind. Vor Ort gibt es interreligiöse Räte oder andere institutionelle Formen des Austauschs. Sie tragen zu gesellschaftlicher Widerstandsfähigkeit bei und richten



Foto: Laurence Chaperon

Dr. Claudia Lücking-Michel MdB
Vizepräsidentin des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken und Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Und auch die Umsetzung der Agenda 2030 ist ohne Religionen als Partner kaum möglich. Für ein partnerschaftliches Miteinander auf der Welt und eine gerechte Entwicklung, wie sie in der Agenda 2030 formuliert ist, brauchen wir alle Akteure. Die dort festgelegten Ziele müssen mit einem neuen Geist, einem neuen Verantwortungsethos ausgefüllt werden. Dafür braucht es „Werte-Träger“, die das Denken und Handeln der Menschen beeinflussen können. Ich begrüße deshalb außerordentlich, dass die Zusammenarbeit des Bundesentwicklungsministeriums mit religiösen Akteuren ausgebaut werden soll. Denn: Indem wir den religiösen und kulturellen Kontext stärker berücksichtigen und religiöse Akteure frühzeitig einbeziehen, erhöhen wir Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Entwicklungszusammenarbeit.

Der Faktor Religion soll dabei vor allem systematischer als bisher in die bilaterale Zusammenarbeit einbezogen werden. Bereits bei der Erstellung von Länder- und Sektorstrategien

sich gegen politische Missstände.

Fazit: Eine wertebasierte Entwicklungspolitik nimmt den Beitrag der Religionen ernst, bezieht sie ein und findet gemeinsame Wege, Hunger, Elend und Ungerechtigkeit zu überwinden. Diese Erkenntnis muss unser Handeln leiten.

Inhaltsverzeichnis

Der Stephanuskreis	
Der Vorsitzende informiert	1
Gastbeitrag	
Claudia Lücking-Michel MdB	2
Stephanuskreis Intern	
Veranstaltungen & Vorträge	3
Aus aller Welt	6
In den Medien	7
Tipps & Termine	8

Veranstaltungen & Vorträge

Sitzungen des Stephanuskreises

November 2016

„Christen gelten als Agenten des Westens“

In Nepal hat die verfassungsgebende Versammlung 2015 mehrheitlich dafür gestimmt, den säkularen Status des Landes beizubehalten. Für Christen, Muslime und andere religiöse Minderheit der jungen, mehrheitlich hinduistischen Volksrepublik ist dies positiv zu bewerten. Doch hinduistische Abgeordnete und Gruppierungen fordern, ihre Religion offiziell als Staatsreligion Nepals festzuschreiben und auch das Nachbarland Indien übt Druck aus. In jüngster Geschichte wurden Christen in Nepal verhaftet und Aktivitäten christlicher Gemeinden eingeschränkt. So wurde christlicher Unterricht an Schulen und alle sonstigen Aktivitäten außerhalb der Kirchengemeinden verboten. Vereinzelt kam es sogar zu Schließungen christlicher Einrichtungen.

Vor diesem Hintergrund berichtete der Vorsitzende des christlichen Dachverbandes „netzwerk-m“, Gaetan Roy, im Stephanuskreis. Er machte deutlich, dass ein neues Gesetz Nichtregierungsorganisationen inzwischen verbiete, finanzielle Unterstützung aus dem Ausland anzunehmen. Einigen christlichen Einrichtungen sei es dadurch nicht länger möglich, den NGO-Status zu erhalten. Hinzu komme das Gebot, dass eine NGO glaubensneutral sein müsse, was dazu führe, dass neue Kirchen nur als Privateigentum, nicht aber als öffentliche Einrichtungen registriert werden könnten. Insgesamt stehe das Verständnis der christlichen Nächstenliebe diametral zu der hinduistischen

Überzeugung, jeder Mensch habe sein Lebensschicksal verdient und brau-



Foto: Büro Heribert Hirte MGB

Geatan Roy (rechts) berichtete aus Nepal, der syrische Pastor Farhan Aleid aus deutschen Asylunterkünften.

che deshalb keine Hilfe. Der Betrieb von Kinderheimen, das Zahlen von Schulgeld oder Hilfe für Arme werde deshalb oft missverstanden als Hilfe zur Konversion, die verboten sei. „Gezielt wird innerhalb der Gesellschaft auch Misstrauen geschürt“, berichtet Gaetan Roy. „Christen zum Beispiel gelten als westliche Agenten. Diese Gerüchte werden gezielt gestreut!“ Zuletzt wurde Weihnachten ersatzlos von der Liste der offiziellen Feiertage gestrichen.

Für die kommende Wahlperiode plant Roy eine Delegationsreise nach Nepal, wo Bundestagsabgeordnete mit den Führungspersonlichkeiten der vier wichtigsten Parteien (NC, UML, Maoist.Centre, RPPN) des Landes, sowie dem einzigen Abgeordneten der christlichen Partei Janajagaran

zusammentreffen können, um einen ständigen Dialog über Rechtsstaatlichkeit und das Menschenrecht der Religionsfreiheit aufzubauen.

Ebenfalls zu Gast im Stephanuskreis war Farhan Aleid. Ein syrischer Christ, der von seinen Eindrücken in deutschen Asylunterkünften berichtete und von „Schwierigkeiten mit Muslimen“ erzählte. Besonders beim Übersetzen seien Christen benachteiligt, da es hauptsächlich muslimische Dolmetscher gebe.

Dezember 2016

„Der Dialog zwischen Christen und Muslimen ist der einzige Weg“

Fünf Monate war der syrisch-katholische Pater Jacques Mourad eine Geisel der islamistischen Terrororganisation IS, dann wurde er von muslimischen Mitbürgern befreit. Heute hilft er im Kloster Maryam al-Adhra seiner Gemeinschaft in Sulaymaniyah im kurdischen Teil des Iraks christlichen und muslimischen Flüchtlingen. Trotz seiner leidvollen Erfahrungen wirbt er weiter dafür, dass Europa für Muslime offen bleibt und sich nicht von Angst leiten lässt. Diesen Appell wiederholte er im Dezember 2016 in Berlin, wo er im Stephanuskreis über die Perspektiven der Christen in Syrien und im Irak sprach.

Pater Jacques Mourad schilderte, dass in Syrien seit jeher verschiedene Glaubensgemeinschaften freundschaftlich zusammengelebt hätten. Das oberste Ziel müsse daher sein, mit



Foto: missio/Michael Nowak

Der syrisch-katholische Pater Jacques Mourad engagiert sich für ein friedliches Miteinander von Christen und Muslimen.

den Muslimen im Dialog zu bleiben. Schließlich sei es das innigste Ziel aller Flüchtlinge, die Deutschland aufgenommen habe, in ihre Heimat zurück zu kehren.

Pater Jacques Mourad entstammt dem Kloster Mar Elian des Ordens Mar Musa, der sich Anfang der 80er Jahre gegründet hat. Eine gemeinsame, heilige Begegnungsstätte, die allen Menschen offen steht. Seit Beginn des syrischen Bürgerkrieges im Jahr 2011 sieht die Kirche ihre Rolle nach eigener Aussage in erster Linie darin, allen Opfern zu helfen, sie aufzunehmen und zu unterstützen. So seien die Kirchen in ganz Syrien zu einem Zentrum für Hilfe und einem Ort der Zuflucht geworden.

Pater Mourad bekräftigte gegenüber den Mitgliedern des Stephanuskreises, dass er die bewaffnete Auseinandersetzung nicht für ein geeignetes Mittel im Umgang mit radikalen Gruppierungen hält. Hingegen hätten ihm seine Erfahrung mit dem Islamischen Staat und Begegnungen mit der freien syrischen Armee und der Al-Nusra-Front gezeigt, dass der Dialog der einzige Weg für die Lösung der Probleme sei. Dass das syrische Volk unter dem diktatorischen Regime von Machthaber Baschar al-Assad bleibe, sei abgesehen davon undenkbar.

Anfang März 2017

„Indien den Hindus“

Indien ist wohl einer der vielfältigsten Staaten der Erde – religiös, ethnisch, sprachlich und kulturell. Es gibt eine jahrhundertealte Tradition der Toleranz. Doch die scheint inzwischen stark bedroht: Christen und andere religiöse Minderheiten beklagen einen wachsenden Druck. Die zivilgesellschaftliche „Koalition aus Christen und Muslimen für Religionsfreiheit und Stärkung von Pluralität in Indien“ (CSCFRSPI) hat mehrere Jahre lang die Lage der religiösen Minderheiten analysiert. Dabei stützten sie ihre Erkenntnisse allein auf Vorfälle, die die Regierung selbst bekannt gegeben hat, auch wenn sie wissen, dass einige gar nicht erst aufgelistet wer-



Foto: Büro Heribert Hirte MdB

Die christlich-muslimische Delegation der zivilgesellschaftlichen Koalition für Religionsfreiheit und Stärkung von Pluralität in Indien (CSCFRSPI) berichtete Anfang März den Mitgliedern des Stephanuskreises von einer bedrückenden Situation für Christen in Indien.

den. Bei ihrem Besuch in Berlin zeigten sie sich alarmiert: Seit dem Wahlsieg von Narendra Modi von der hindu-nationalistischen Partei BJP 2014 wachse die Zahl der gewalttätigen Übergriffe auf Menschen und religiöse Einrichtungen. Eine kleine, aber einflussreiche Minderheit radikaler Hindus verändere das bislang weitgehend tolerante Klima. Dabei spielten die sozialen Netzwerke eine große Rolle, denn angsteinflößende, Christen-verachtende Videos machten dort schnell die Runde. Mit besonderer Sorge sei zu beobachten, wie die fanatische Hindu-Bewegung RSS, die eng mit der Regierungspartei BJP verknüpft sei, an Einfluss gewinne. „Indien den Hindus“, laute die Parole. Christen und Muslime prangern zudem eine Hinduisierung des Bildungswesens an. So sei Yoga beispielsweise für alle Kinder ein verpflichtendes Schulfach geworden. Und selbst kleine Anlässe wie etwa der Verzehr von Rindfleisch durch Muslime könnten zu Lynchmorden führen.

Auch der Vorwurf der Missionierung bedrängt Christen und Muslime. Um zu verhindern, dass diese Religionsgruppen weiter anwachsen und damit auch politisch an Macht gewinnen, haben mehrere Bundesstaaten Antikonversionsgesetze erlassen – die aber nicht greifen, wenn es um Konversionen zum Hinduismus geht. Ein weiteres Beispiel für staatliche

Diskriminierung ist die Tatsache, dass die Regierung kürzlich Weihnachten offiziell zum „Good Governance Day“ ernannt hat – ungewöhnlich für ein Land, das wie kaum ein anderes für seine religiöse Pluralität steht.

Andere Gesetzesänderungen offenbaren erst auf den zweiten Blick ihre diskriminierende Wirkung, berichten die Gäste aus Indien: So sei festgelegt worden, dass Themen wie Religion oder Kastenzugehörigkeit im Wahlkampf künftig keinen Platz mehr hätten. Ein Versuch, religiös motivierte Gewalt einzudämmen, die in Indien häufig gerade zu Wahlkampfzeiten ausbrach – oft aus politischen Gründen angestachelt oder gar organisiert. Kritiker befürchten allerdings, dass das Verbot vor allem Nachteile für die Minderheiten nach sich ziehen könnte. 70 Prozent der Christen beispielsweise sind Dalit, stammen also aus den untersten Schichten. Für sie sei es ohnehin schwer, ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Fragen, die ihre Identität als religiöse Minderheit betreffen, werden im Wahlkampf zum Tabu erklärt. Die Regierungspartei BJP gehöre damit zu den Gewinnern. Denn die „Hindutva“ ist nach einem Urteil des Obersten Gerichts 1995 keine Religion, sondern ein „Lebensstil“.

Mitte März 2017

„Wir brauchen die Unterstützung des Westens“

Mit seinen 240 Millionen Einwohnern und fast 90 Prozent Muslimen ist Indonesien weltweit der Staat mit der größten islamischen Bevölkerung – und galt in der Vergangenheit als einer der wenigen, in dem die großen Weltreligionen auch faktisch gleichgestellt sind. Doch nicht zuletzt seit der Verurteilung des christlichen Gouverneurs von Jakarta wegen Blasphemie deutet einiges darauf hin, dass dieses Gleichgewicht zu Gunsten einer fortschreitenden Islamisierung ins Wanken geraten ist. Gerade im Bildungssektor ist der arabische Einfluss zunehmend spürbar. Eine Gruppe indonesischer Muslime und Christen will dieser Entwicklung entgegenwirken. Sie setzen sich in ihrer Heimat für einen interreligiösen Ausgleich und einen unabhängigen, liberalen Islam ein. Im Stephanuskreis warben sie um Unterstützung für ihr Engagement. Ihr Ziel ist es, den liberalen Islam in den sozialen Netzwerken stärker sichtbar zu machen. „Bisher sehen die jungen Menschen überall im Netz die Propaganda radikal eingestellter Muslime. Dem müssen wir unbedingt etwas entgegensetzen. Wir brauchen die Unterstützung des Westens im Kampf gegen den fundamentalen Islam.“ Die derzeitige Lage gefährde das friedliche und demokratische Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen, für das Indonesien so lange ein Vorbild gewesen sei.



Foto: Büro Heribert Hirte MoB

Teilnehmer der muslimisch-christlichen Delegation aus Indonesien: Dr. Azyumardi Azra (Commander of the Most Excellent Order of the British Empire), Dr. Alwi Shihab (Sonderbeauftragter für den Mittleren Osten und die muslimische Organisation OIC) und Botschafter Jakob Tobing (Präsident des „Leimena Institute“ in Indonesien). Zu Gast waren ebenfalls: Amil Gorgis (syrisch-Orthodoxe Gemeinde Berlin) und Lutz Töpfer (CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

Ende März 2017

„Zukunft im Irak? Wie geht es weiter für die Christen in der Region?“

Diese Frage stellt sich nach der Befreiung der Ninive-Ebene drängender denn je. Nach wie vor sind große Gebiete des Nahen und Mittleren Osten für Nichtmuslime unbewohnbar. Die Gewalt islamistischer Extremisten hat dafür gesorgt, dass bereits weite Teile frei von Christen und anderen religiösen Minderheiten sind. Vielen Vertriebenen stellt sich gegenwärtig die Frage, ob sie weiter ins Ausland fliehen sollen oder ein Ausharren in ihrer schwer beschädigten Heimatregion noch Sinn ergibt. Fünf Christinnen aus dem Irak nutzten die Gelegenheit, um dem Stephanuskreis von den Hoffnungen und Sorgen der irakischen Christen zu berichten. Fast die Hälfte der Christen, die sich in den Norden Iraks geflüchtet haben, wollen in ihre Heimatregionen zurückgehen, berichteten sie. Eine Zahl, die durch eine aktuelle Studie des katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“ bestätigt wird, die am Wiederaufbau der zerstörten christlichen Ortschaften mitwirkt. Bei einer ersten Befragung

im November 2016 seien es noch weniger als vier Prozent gewesen. Die meisten von ihnen waren nach Beginn der IS-Eroberungen im August 2014 in den kurdischen Teil des Irak rund um die Stadt Erbil geflohen. Nach wie vor halten sich dort 90 000 christliche Flüchtlinge auf. 2014 waren es noch gut 120 000 Personen gewesen.

Eines wurde dem Stephanuskreis-Vorsitzenden Hirte bei dem Treffen mit den Frauen besonders deutlich: „Wenn wir jetzt die Gelegenheit verpassen, den Christen beim Wiederaufbau zu helfen, werden sich voraussichtlich viele von ihnen entscheiden, ihr Heimatland für immer zu verlassen.“ Dies wäre eine Tragödie, nicht nur für die 2000-jährige christliche Präsenz im Irak, sondern auch politisch und kulturell. Die Christen leisteten einen wichtigen Beitrag zum Bildungssystem und bildeten die Brücke zwischen verschiedenen, sich bekämpfenden muslimischen Gruppen, bestätigt auch „Kirche in Not“.

Transatlantische Beziehungen des Stephanuskreises

Volkmar Klein zu Besuch bei Knox Thames

Am Rande des National Prayer Breakfast in Washington nutzte Volkmar Klein die Gelegenheit für ein ausführliches Gespräch mit dem ranghöchsten für die Religionsfreiheit zuständigen Beamten des US-Außenministeriums, Knox Thames. Dieser berichtete von der dramatischen Entwicklung der Situation religiöser Minderheiten im Nahen Osten und sprach vom „Völkermord“ an Jesiden und Christen. Bei der Rückkehr in die vom IS be-

freiten Gebiete müssten diese Minderheiten durch die internationale Gemeinschaft besonders unterstützt werden. Bis dahin bleibe die Bekämpfung des IS das oberste Ziel. Das Gespräch setzte auch einen Kontrapunkt zur einfachen Botschaft des neuen Präsidenten Donald Trump, der in seiner Rede auf dem National Prayer Breakfast feststellte, die Welt sei in Schwierigkeiten, aber er „bringe das in Ordnung.“

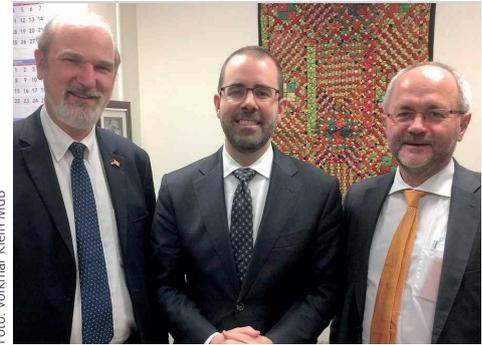


Foto: Volkmar Klein MdB

Knox Thames (Mitte) empfing Volkmar Klein MdB (rechts) und Thomas Schirrmacher, Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (IIRF)



Foto: Steven Rösler, CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Mandat verlängert

Gute Nachrichten aus Brüssel

EU-Kommissar Jean-Claude Juncker hat das Mandat des EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit, Ján Figel (im Bild links), um ein Jahr bis zum Mai 2018 verlängert. Diesem Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte der Vorsitzende des Stephanuskreises zuvor bereits in seiner [Rede zum Religionsfreiheitsbericht](#) im Deutschen Bundestag Nachdruck verliehen. Insgesamt dringt die Union auf eine Verstärkung des Amtes

und eine angemessene finanzielle Ausstattung, damit das Engagement des EU-Sonderbeauftragten eine größere Wirkung entfalten kann. So äußerte sich auch der kirchenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Franz Josef Jung: „Eine jährliche Befristung wird der Bedeutung der Thematik als Schlüssel für Frieden und Freiheit nicht gerecht.“

Gut zu wissen

Ethik der Mission

Die Frage nach der „Ethik der Mission“ stellt sich nicht nur im innerchristlichen Diskurs und im Verhältnis zwischen den Religionen, sondern auch die Politik fragt: Inwieweit darf oder muss das Menschenrecht der Religionsfreiheit durch andere Menschenrechte begrenzt werden?

2010 verabschiedeten alle Religionsgemeinschaften Norwegens die Oslo-Erklärung („[Oslo Declaration, Missionary Activities and Human Rights: Recommended Ground Rules for Missionary Activities](#)“). Darin wird Mission als Werben für die eigenen religiösen Auffassungen verstanden. Zentral ist, dass Missionierung Teil der Religionsfreiheit ist, wobei niemals andere Menschenrechte und die

Würde des Menschen verletzt werden dürfen.

Die Oslo-Erklärung ist bisher das einzige Dokument zum Thema, das alle Religionen eines Landes einbezieht. Versuche, dasselbe auf globaler Ebene zu tun, stecken noch in den Kinderschuhen.

Dafür erschien aber 2011 ein christliches Dokument mit derselben Ausrichtung, „Christliches Zeugnis in einer multireligiösen Welt“. Es war in einem globalen Prozess erarbeitet worden, zu dem auch gehörte, auf Stimmen und Erfahrungen nichtchristlicher Religionsführer zu hören. Es wurde vom Vatikan, dem Ökumenischen Rat der Kirchen und der Weltweiten Evangelischen Allianz gemeinsam verabschiedet. Auch alle Kirchen in Deutschland nahmen das Dokument im Jahre 2014 an.

Danach ist christliche Mission nicht mit Gewalt, Zwang, Bestechung oder Ausnutzung von Zwangslagen vereinbar. Die Menschenrechte sind also ein Maßstab dafür, was Mission kann und darf, und welche Art von Mission zu verwerfen ist.

Dabei bleiben die Kirchen allerdings weit hinter dem zurück, was rechtlich erlaubt ist. So ist beispielsweise manche negative oder abschätzige Äußerung über andere Religionen von der Meinungsfreiheit gedeckt.

(Quelle: Prof. Dr. theol. Dr. phil. Thomas Schirrmacher, Präsident der International Society for Human Rights ISHR)

Was die Öffentlichkeit bewegt

#Stephanuskreis in Zeitung, Internet, Radio und Fernsehen

Reaktion auf Anschläge gegen koptische Christen

April '17 „Wir müssen dafür kämpfen, dass unser Verständnis der Religionsfreiheit Vorbildcharakter hat.“ So äußerte sich Heribert Hirte im [Deutschlandfunk](#), nachdem am Palmsonntag auf koptische Christen in Ägypten mehrere Anschläge verübt wurden. Gleichzeitig wies der Vorsitzende des Stephanuskreises darauf hin, dass einige hundert Kopten in Deutschland darauf warteten, als Flüchtlinge anerkannt zu werden: „Ihre Asylanträge sollten noch einmal genauer geprüft werden.“ Diese Forderung hat die [Rheinische Post](#) aufgegriffen, auch [Katholisch.de](#) und [evangelisch.de](#) berichteten. Im Interview mit dem Kölner [Domradio](#) stellt Hirte jedoch klar, dass er nicht davon ausgehe, dass verstärkt christliche Kopten nach Deutschland kommen werden. Für die meisten Menschen gilt, dass sie in ihrer Heimat bleiben wollen und dort sicher leben möchten. „Wir müssen und werden darauf hinwirken, dass sie diese Sicherheit wieder erlangen.“

Bevorzugung von Christen könnte ihnen schaden

Februar '17 Sowohl das christliche Medienmagazin pro als auch der USA Newblog des Tagesspiegels berichten Anfang Februar von einem [Brief](#), den Heribert Hirte im Namen des Stephanuskreises an den US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump geschrieben hat. Darin warnt er, dass eine Bevorzugung christlicher Flüchtlinge diese in ihren Herkunftsländern weiter unter Druck setzen könnte. Warum er diese Befürchtung hegt, erklärte Hirte im Interview mit dem [Domradio](#).

Stephanuskreis reagiert auf „Weltverfolgungsindex 2017“

Januar '17 „Wir müssen diese Verfolgung von Christen noch ernst nehmen. Keine Nation darf ihren Bürgern den Glauben diktieren. Erst recht nicht, wenn es laut Verfassung eine

säkulare und pluralistische Demokratie ist.“ Mit diesen Äußerungen reagierte der Vorsitzende des Stephanuskreises im christlichen [Medienmagazin pro](#) auf die Veröffentlichung des „Weltverfolgungsindex“ von Open Doors. Nach Angaben der international agierenden evangelikalen Organisation hat die Verfolgung von Christen „weltweit stark zugenommen“. Im Gespräch mit dem [Domradio](#) ergänzte Hirte, dass die Zahlen, die Open Doors liefere, durchaus umstritten seien, da die Erhebung schwierig sei. Weder die evangelische noch die katholische Kirche führen deshalb Zahlen auf. „Aber die Indikatoren, die wir in der ganzen Welt erleben, und die sich auch mit den Rückmeldungen bei uns decken, sind, dass die Verfolgung von Christen zunimmt“, stellt er klar. Und die [Tagespost](#) schrieb: „Hirte warb dafür, sich die Maxime des katholischen Geistlichen Jacques Mourad zu eigen zu machen, der im Dezember 2016 im Stephanuskreis zu Gast war: ‚Der Weg zum Frieden führt nur über den Dialog‘“

Streit um „Weihnachtsverbot“ an Istanbul Schule

Dezember '16 „[Türkische Behörden verbannen Weihnachten vom Lehrplan](#)“ So oder so ähnlich schrieb es die deutsche Presse. Angeblich durften deutsche Lehrer an einer Eliteschule in Istanbul das Thema auf Anordnung der türkischen Schulleitung nicht mehr behandeln.

Zwar wurde diese Meldung dementiert, die Schulleitung kritisierte aber, die deutschen Lehrer hätten im Unterricht „vor allem in den letzten Wochen Texte über Weihnachten und das Christentum auf eine Weise behandelt, die nicht im Lehrplan vorgesehen ist“. Noch vor Weihnachten war der Streit beigelegt. Warum das Thema Religionsfreiheit in der Türkei damit nicht zu Ende diskutiert ist, erklärte Hirte in einem Interview mit [katholisch.de](#).

Schön gesagt

„Je mehr Mitglieder mit Zivilcourage die Kirche heute hat, desto weniger Helden wird sie morgen brauchen.“

Dr. phil. Andreas Püttmann (Politologe und Publizist) in „Akademische Monatsblätter“ 128. Jahrgang, Nr. 4

„Ich habe nicht den Eindruck, dass hier das Menschenmögliche getan wird“

Der evangelische Greifswalder Bischof Hans-Jürgen Abromeit zur Rettung der im Orient lebenden Christen

„Auch wir Muslime müssen lernen, den Anderen in seiner Andersheit zu würdigen und die weltanschauliche Pluralität unserer Gesellschaft zu schützen.“

Der islamische Theologe Mouhanad Khorchide zu KNA

„Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es ein deutliches Signal der Hoffnung, wenn christliche Familien wieder in ihre Heimatstadt zurückkehren und ihr Leben in die eigenen Hände nehmen können.“

Reaktion des kirchen- und religionspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz Josef Jung, auf die Rückkehr von Christen nach Mossul.

„Es ist auch die geistige Verfasstheit des Totalitarismus, nicht nur die sichtbare Gewalt, mit der wir es aufnehmen und die wir vehement bekämpfen müssen, wenn wir in Frieden miteinander leben wollen.“

Archimandrit Emanuel Youkhana, Geschäftsführer des Christian Aid Program Northan Irak auf die Frage, wie Christen im Irak besser geschützt werden könnten. Während Bodentruppen den IS zurückdrängten, hatte das Irakische Parlament zeitgleich dem Antrag der Islamisten auf ein Alkoholverbot gemäß der Sharia stattgegeben. (Tagespost am 21.2.2017)

Diese Klicks lohnen sich:

Bahá'í fordern im Netz: „Not another year“

Neun Jahre sind vergangen, seitdem sitzen sieben Führungsmitglieder der Religionsgemeinschaft der Bahá'í im Iran in Haft. Ihre Festnahme und Verurteilung erfolgten allein vor dem Hintergrund ihrer Religionszugehörigkeit. Grundlegende rechtsstaatliche Regeln wurden dabei missachtet. Ende 2015 wurde bekannt, dass die Haftstrafen von 20 auf zehn Jahre reduziert worden waren. Das heißt, die zu Unrecht inhaftierten sieben Angehörigen der religiösen Minderheit im Iran müssen noch ein wei-

teres Jahr auf ihre Entlassung warten. Unter den Hashtags #notanotheryear und #ReleaseBahai7Now haben Bahá'í-Gemeinden in aller Welt eine großangelegte [Kampagne](#) gestartet. Damit wird die iranische Justiz aufgefordert, die unrechtmäßigen Urteile sofort aufzuheben und die Bahá'í sowie alle anderen aufgrund ihrer religiösen Gesinnung Inhaftierten unverzüglich freizulassen. Auch Sie können sich an der Kampagne beteiligen! Mehr Informationen gibt es auf der Seite der [Bahá'í](#).

Aktuelle Studien zu Religionsfreiheit

Neue Studie von Kirche in Not

Der [„Religious Freedom Report 2017“](#) des internationalen katholischen Hilfswerks Kirche in Not hat 196 Länder mit Blick auf die Religionsfreiheit untersucht. 38 davon missachteten danach das Menschenrecht.

Arbeitshilfe der Deutschen Bischofskonferenz

Zur [Situation der Christen auf der arabischen Halbinsel](#) hat die Deutsche Bischofskonferenz eine Arbeitshilfe herausgegeben. Sie enthält Informationen zur Geschichte und Gegenwart des Christentums in der Region. Die Arbeitshilfe ist Teil der Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen“, die 2003 von den deutschen Bischöfen ins Leben gerufen wurde, um für die Lage bedrohter Glaubensgeschwister zu sensibilisieren.

Bericht des Pew Research Center

Menschen mit religiöser Orientierung sehen sich weltweit wachsender Diskriminierung und Angriffen ausgesetzt. Zu diesem Ergebnis kommen Forscher des unabhängigen [„Pew Research Center“](#) in ihrer [aktuellen Jahresstudie](#). Zwar seien Unterdrückungsmaßnahmen in autoritär geführten Ländern von 2014 auf 2015 nur um ein Prozent gestiegen. Dafür legte religiöse Diskriminierung durch Einzelpersonen, Organisationen oder

Gruppen insgesamt um vier Prozent zu. Am stärksten war dies in Russland, Ägypten, Indien, Pakistan und Nigeria der Fall. Die Pew-Studie ist die achte ihrer Art. Sie untersucht den Wandel der Religionen und ihren Einfluss auf die Gesellschaften weltweit. In knapp 200 Staaten werden Daten sowohl über staatliche Restriktionen als auch Diskriminierungen und Gewaltakte von Einzelpersonen und Gruppen gegenüber Religionen dokumentiert.

Bericht der US-Kommission für Religionsfreiheit

In ihrem aktuellen [Religionsfreiheitsbericht empfiehlt die US-Kommission für Religionsfreiheit \(USCIRE\)](#) dem State Department, China erneut als Land einzustufen, „das zu besonderer Besorgnis Anlass gibt“ (Country of particular concern). Länder, die zu besonderer Besorgnis Anlass geben, sind solche, in denen außergewöhnlich schwere Verletzungen der religiösen Freiheit geduldet oder verübt werden.

Gute Nachricht in schlechten Zeiten

Der Stephanuskreis freut sich über die Freilassung von 82 der entführten Mädchen in Nigeria. Die Terrororganisation Boko Haram hat dort seit April 2014 insgesamt 276 Mädchen im Nordosten des Landes verschleppt. 82 der Mädchen sind Anfang Mai 2017 freigelassen worden. Mehr als 100 befinden sich allerdings weiter in Gefangenschaft. Der Stephanuskreis fordert die islamistische Terrororganisation auf, umgehend alle weiteren Schülerinnen frei zu lassen. Setzen auch Sie in den sozialen Netzwerken ein Zeichen mit [#BringBackOurGirls](#).

Folgen Sie dem Vorsitzenden des Stephanuskreises auf [Twitter!](#)

[@HHirte](#) schreibt dort regelmäßig zu den Hashtags [#Stephanuskreis](#) und [#Religionsfreiheit](#).

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
Prof. Dr. Heribert Hirte MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Stephanuskreis,
Prof. Dr. Heribert Hirte MdB
T 030.227-7 78 32
F 030.227-7 68 30
heribert.hirte@bundestag.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.